

Bern, 12. Februar 2009

Laut SD müssen Serbien und Kosovo als «Safe Countries» gelten

Die Schweizer Demokraten (SD) sind der Auffassung, dass sowohl die Republik Serbien, wie auch die durch die Schweiz vor rund einem Jahr völkerrechtlich anerkannte Republik Kosovo, künftig bezüglich Asylsuchenden als verfolgungssichere Staaten gelten müssen. Sie fordern deshalb den Bundesrat unverzüglich auf, sowohl Serbien wie auch Kosovo auf die Liste der verfolgungssicheren Staaten («Safe Countries») zu setzen.

Wie auch in sämtlichen anderen Balkanstaaten werden nach Einschätzung der SD sowohl in Kosovo wie auch in Serbien die Menschenrechte eingehalten und die internationalen Konventionen im Menschenrechts- und Flüchtlingsbereich respektiert. Zudem weisen derzeit Staatsangehörige beider Länder bereits heute eine signifikante Anzahl von offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen aus.

Gemäss Asylgesetz muss auf Asylgesuche oder Beschwerden von Personen, die aus einem verfolgungssicheren Staat («Safe Country») stammen, nicht eingetreten werden, es sei denn, es lägen Hinweise auf eine Verfolgung vor. Das im Jahre 1990 eingeführte Safe-Country-Prinzip erlaubt es dem Bundesamt, Gesuche aus solchen Herkunftsländern schnell und effizient zu behandeln.

Aufgrund der verfolgungssicheren Situation, sowohl in Serbien wie auch im Kosovo, fordern die Schweizer Demokraten (SD) zudem eine konsequente und rasche Rückführung der vorübergehend aufgenommen und abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimat.

Schweizer Demokraten (SD)

Ueli Brasser
Gemeinderat
Zentralpräsident

Bernhard Hess
e. Nationalrat
Geschäftsführer